

türkei infodienst

NR. 76

ERSCHEINT 14-TAGIG

27. FEBRUAR 1984

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

In der Türkei wurden seit dem 12.09.1980 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

18.02.84	Serpil Kocadölü	in Istanbul
18.02.84	Fikret Asicioglu	in Istanbul
18.02.84	Kadir Cigdem	in Istanbul
18.02.84	Ergun Sen	in Istanbul
18.02.84	Ali Osman Köse	in Istanbul
18.02.84	Hasan Telci	in Istanbul
18.02.84	Ali Kirlangicli	in Istanbul

Diese Todesurteile ergingen in dem Dev-Sol Prozeß mit 61 Angeklagten (s. Prozesse).

22.02.84 Hasan Gök in Adana
Der politische Hintergrund dieses Prozesses, in dem 2 Morde und mehrere Körperverletzungen verhandelt wurden (12 Angeklagte) ist in der Presse nicht erwähnt, tid.

Die Zahl der seit der Ausrufung des Kriegsrechtes verhängten Todesstrafen beträgt 293.

Bestätigungen

Militärkassationsgerichtshof:

24.02.84	Mustafa Yörükoglu	bestätigt
24.02.84	Cevdet Ucar, Abdüllatif Gök, Nedim Soylu, Erdal Aykac, Dincer Toluk, Abdurrahman Kırklar	Revision wegen mangelnder Ermittlung

Diese Urteile waren zuvor im Dev-Yol Prozeß von Adana mit 99 Angeklagten ergangen, tid.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

11.02.84	3 Linke	in Ankara
23.02.84	2 Unpolitische	Ort nicht angegeben

Vor den Gerichten der Türkei wurden seit dem 12.09.80 in 5.887 Fällen Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 10.02.1984

Gegen 14 Gewerkschafter werden Strafen zwischen 6 und 20 Jahren gefordert

Gegen 14 Mitglieder des Präsidiums, des Vorstandes, der Revisoren und des Ehrenausschusses der Gewerkschaft Taper-Is, die der DISK angeschlossen ist, wurde vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul der Prozeß eröffnet. Den Gewerkschaftern wird vorgeworfen, die legal gegründete Gewerkschaft im Laufe der Zeit zu illegalen Aktivitäten benutzt zu haben. Aus diesem Grunde wird gegen die Angeklagten eine Strafe wegen Verstoßes gegen den §

141 zwischen 6 und 20 Jahren gefordert. Die Staatsanwaltschaft beantragte gleichzeitig das Verbot der Gewerkschaft.

Cumhuriyet vom 11.02.1984

Plädoyer des Staatsanwaltes im Kurtulus-Prozeß

Im Prozeß gegen 135 Angeklagte der Organisation THKP/C Kurtulus, Ost- und Südostanatolien, vor dem Militärgericht in Diyarbakir hat der Staatsanwalt in seinem Plädoyer für 47 der Angeklagten Strafen zwischen 5 und 15 Jahren gefordert. Für 69 Angeklagte forderte er Freispruch. Der Prozeß wurde für die Verteidigung der Angeklagten auf einen späteren Termin vertagt.

Cumhuriyet vom 11.02.1984

Neuer Dev-Yol Prozeß

Vor dem Militärgericht in Ankara wurde ein neuer Prozeß gegen die illegale Organisation Devrimci Yol eröffnet. Angeklagt sind 35 Personen, unter ihnen 4 Frauen. Den Angeklagten werden verschiedene Taten vor dem 12. September 1980, wie Plakate und Spruchbänder aufhängen, tätliche Auseinandersetzungen mit Andersgesinnten, zur Last gelegt. Dafür soll in drei Fällen die Todesstrafe und in 32 Fällen eine Strafe zwischen 3 und 20 Jahren ausgesprochen werden.

Cumhuriyet vom 11.02.1984

Im Verfahren gegen die Friedensvereinigung wurde ein Antrag an die Kriegsverweigerungskommandantur in Istanbul gestellt

Im Falle der Festnahme von den zu 5 bzw. 6 jähriger Haft verurteilten Angehörigen der Friedensvereinigung hat der Bruder von Orhan Apaydin, Burhan Apaydin, sich mit einem Schreiben an den Kriegsverweigerungskommandanten von Istanbul, Necdet Öztörün, gewandt. In diesem Schreiben wird ausgeführt, daß nach der Entscheidung des Gerichtes, die in erster Instanz verurteilten Personen in Strafhaft zu schicken, dieses Urteil innerhalb von 7 Tagen an die zuständige Kriegsverweigerungskommandantur hätte geschickt werden müssen, damit dieser sein Recht auf Einspruch wahrnehmen kann. Dies sei aber im Falle der Friedensvereinigung nicht geschehen und damit rechtserhebliche Grundsätze verletzt worden.

Inzwischen habe auch der militärische Kassationsgerichtshof die Inhaftierungen bestätigt und deshalb Bestände für den Kommandanten die Möglichkeit, nun Einspruch einzulegen. Obwohl das Revisionsverfahren noch anhängig sei, werde durch eine Inhaftierung der Angeklagten die Situation einer Vorverurteilung geschaffen, heißt es am Schluß des Schreibens.

Bis heute wurden die Anträge der Verurteilten auf Haftentlassung vom Gericht als nicht bearbeitungsfähig abgewiesen.

Cumhuriyet vom 15.02.1984

6 Dev-Sol Angehörige wurden des Saales verwiesen

6 Angehörige der illegalen Organisation Dev-Sol, die wegen Kurden- und Separatistenpropaganda einen gesonderten Prozeß in Istanbul haben, sind in ihrem Prozeß nur mit Unterwäsche bekleidet erschienen. Die 6 Angeklagten hatten am 28.06.83 einen Antrag bei dem Gericht eingereicht, in dem ein Verstoß gegen den § 142/3-6 gesehen wurde. Daraufhin wurde ihnen der Prozeß gemacht, in dem Strafen zwischen 2 und 6 Jahren gefordert werden.

Nachdem das Gericht protokollarisch festgehalten hatte, daß die Angeklagten nur in Unterwäsche erschienen waren, wurde dem Angeklagten Dursun Karatas das Wort erteilt. Er sagte, daß sie keine Einheitskleidung tragen wollten und ihr Erscheinen vor Gericht nicht die Absicht beinhalte, das Gericht zu beleidigen. Die Kammer beschloß daraufhin nach der Strafprozeßordnung mit der Nummer 353, daß die Angeklagten aus dem Saal entfernt werden. Ferner wurde mitgeteilt, daß bei einem weiteren Verstoß die Angeklagten vollständig aus dem Verfahren ausgeschlossen werden. Das Verfahren wurde auf den 8. März vertagt.

Cumhuriyet vom 15.02.1984

Urteile wegen Waffenschmuggel

Vor dem Militärgericht Nr. 4 in Ankara wurde der Prozeß gegen 3 Angeklagte aus dem Schwarzmeergebiet abgeschlossen. Sie waren wegen Waffenschmuggels vor dem 12. September 1980 angeklagt worden und erhielten Haftstrafen zwischen 14 und 20 Jahren Zuchthaus. Die Kammer teilte gleichzeitig mit, daß mit der Verkündung des Urteils dieses gleichzeitig als zugestellt gelte.

Cumhuriyet vom 15.02.1984

Das Dev-Yol Verfahren von Diyarbakir ging zu Ende

Das Verfahren gegen Dev-Yol vor dem Militärgericht in Diyarbakir, das seit 3 Jahren andauerte, ging gestern zu Ende. 25 Angeklagte wurde dabei zu Haftstrafen zwischen 5 und 13 Jahren verurteilt. 30 Angeklagte wurden mangels Beweisen freigesprochen. Außerdem beschloß das Gericht, die Vereine Devrimci Genclik und Diyarbakir Devrimci Isci Köylü Ögrenci zu schließen.

Cumhuriyet vom 16.02.1984

Einspruch gegen Inhaftierung der TIP'ler wurde abgelehnt

Nachdem nach der Urteilsverkündung im Verfahren gegen die Arbeiterpartei der Türkei, TIP, gegen 14 Angeklagte die Haft angeordnet worden war, und dagegen durch die Anwälte Einspruch eingelegt wurde, hat nun das Militärgericht Nr. 2 in Istanbul beschlossen, daß die Haft andauern soll. In der Begründung heißt es dazu, daß es sich um Zuchthausstrafen handelt und bei einer Freilassung der Häftlinge Fluchtgefahr bestehe.

Nokta vom 13.02.1984

Soll man noch 5 Jahre warten?

Im Verfahren gegen die Gewerkschaftskonföderation DISK hat der Anwalt Halit Celenk und 7 Kollegen einen Antrag auf Haftentlassung für die Angeklagten eingereicht. In diesem Antrag wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Funktionäre wegen ihrer Ämter in der Gewerkschaft angeklagt seien. Diese Ämter hätten sie aufgrund von ordentlichen Wahlen innegehabt. Ihnen würde darüber hinaus nichts weiter vorgeworfen, als gegen die Verfassung verstoßen zu haben. Sie seien nun schon seit 3,5 Jahren inhaftiert. Wenn sich am Ende des Prozesses herausstelle, daß die Angeklag-

ten unschuldig seien, wie könne man dann eine Untersuchungshaftdauer von 5 bis 7 Jahren wieder gutmachen, wird gefragt. Zum Schluß wird noch auf die Europäische Menschenrechtskonvention hingewiesen, nach der ein Verfahren in einer angemessenen Frist zu Ende geführt werden muß.

Tercüman vom 17.02.1984

Der Kurtulus-Prozeß mit 5 geforderten Todesstrafen begann

Vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul begann ein Prozeß gegen 54 Angeklagte der illegalen Organisation THKP/C Kurtulus. Gegen 5 der Angeklagten wird die Todesstrafe gefordert. Für die übrigen Angeklagten werden Haftstrafen zwischen 1 und 15 Jahren gefordert.. Unter den 8 Frauen in diesem Verfahren befindet sich auch ein Mannequin mit Namen Aleksandria Dimu.

Tercüman vom 17.02.1984

Im Fatsa-Verfahren wurde die Befragung von 774 Angeklagten durchgeführt

Im Verfahren gegen die illegale Organisation THKP/C Dev-Yol Fatsa vor dem Militärgericht Nr. 2 in Amasya wurde mit der Befragung der Angeklagten fortgefahren. Der Prozeß, der am 12.01.83 begann, hat nun zur Befragung von 774 der 776 Angeklagten geführt. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Angeklagten auf 781 erhöht. Die Zahl der inhaftierten Angeklagten ist von 456 auf 225 gefallen. Außerdem sind 6 der inhaftierten und nicht inhaftierten Angeklagten inzwischen verstorben.

Cumhuriyet vom 17.02.1984

Lebenslänglich für Ömer Ay und Ugur Coskun

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Malatya wurden Ömer Ay und sein Freund Ugur Coksun zunächst zum Tode verurteilt. Unter Anwendung des § 59 wurden diese Strafen in lebenslängliche Haft verwandelt. Die Angeklagten waren beschuldigt worden, im Jahre 1977 an der Ermordung des CHP Provinzvorsitzenden, dem Anwalt Zeki Tekiner, beteiligt gewesen zu sein. Gegen Ömer Ay war in der Bundesrepublik ein Auslieferungsverfahren betrieben worden. Obwohl er zwischenzeitlich einen Asylantrag stellte, ist er dann aber freiwillig in die Türkei gegangen, tid.

Hürriyet vom 18.02.1984

Für Caglayangil wurde auf Einstellung des Verfahrens erkannt

Die Militärstaatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Außenminister Ihsan Sabri Caglayangil eingestellt. Gegen ihn waren Untersuchungen eingeleitet worden, weil in einem Brief an den deutschen Außenminister Genscher ein Verstoß gegen den § 140, Diskriminierung der Ehre und Achtung der türkischen Republik, gesehen worden war.

Cumhuriyet vom 17.02.1984

Der ehemalige Vorsitzende der Ingenieurskammer wurde verurteilt

Der Vorsitzende der Ingenieurskammer von Izmir, Mustafa Arikan, wurde vor dem Militärgericht in Izmir wegen Zugehörigkeit zur TKP zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren, 6 Monaten und 20 Tagen verurteilt. Außerdem wird er für 1 Jahr, 10 Monate und 6 Tage der Polizeiaufsicht in Izmir unterstellt.

Cumhuriyet vom 17.02.1984

Der Anwalt von Türkes wurde freigesprochen

Der Anwalt des MHP-Verfahrens, Serafettin Yılmaz, der wegen Beleidigung des vorsitzenden Richters angeklagt worden war, wurde nun freigesprochen. Er war zunächst wegen den Worten 'der Staatsanwalt, der die Bank der Anklage besetzt hält, lacht, Gibt es denn keine Einrichtung, die ihn warnt?' zu einer Haftstrafe von 6 Monaten und 20 Tagen verurteilt worden, das Revisionsgericht hatte das Urteil aber aufgehoben, weil es in den Worten keinen Verstoß gegen den § 266/3 sah. In der Revisionsverhandlung wurde der Anwalt nun freigesprochen.

Hürriyet vom 19.02.1984

Das Dev-Sol Verfahren ging zu Ende: 7 Todesstrafen

Das Dev-Sol Verfahren vor dem Militärgericht in Istanbul mit 61 Angeklagten, das seit ca. 4 Jahren andauerte, ging gestern zu Ende und 7 der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. An der Verhandlung nahmen 10 inhaftierte Angeklagte teil. Gegen die ebenfalls zum Tode verurteilte Serpil Kocadözü wurde ein Haftbefehl erlassen, weil sie zwischenzeitlich aus der Haft entlassen worden war. Der Militärstaatsanwalt Hanefi Oncül forderte den Saalverweis der erschienenen Angeklagten, weil sie ihre Einheitskleidung ausgezogen hatten. Das Gericht beschloß daraufhin den Ausschluß der Angeklagten. Die übrigen Angeklagten wurde zu 10 Jahren Haft (7 Angeklagte), 20 Jahren (2 Angeklagte) und 3 bis 5 Jahren (32 Angeklagte) verurteilt. 11 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Akten von zwei Angeklagten wurden abgetrennt. Der Angeklagte Abdullah Bülent Uluer befindet sich noch auf der Flucht und der Angeklagte Necdet Pismisler ist unterdessen verstorben.

Cumhuriyet vom 21.02.1984

Gegen Isiklar wird wegen Devisenverstoßes eine Strafe von 5 Jahren gefordert

Vor der 8. Strafkammer in Istanbul begann ein Prozeß gegen den Generalsekretär von DISK, Fehmi Isiklar, dem unerlaubter Devisenbesitz und -einfuhr zur Last gelegt wird. Er hatte bei seiner Festnahme einen Betrag von 870.- DM bei sich. Für dieses Vergehen soll er eine Strafe zwischen 7 Monaten und 5 Jahren Gefängnis erhalten.

Cumhuriyet vom 22.04.1984

10 Personen wurden zu lebenslänglich verurteilt

Vor der 2. Strafkammer in Mardin ging ein Prozeß gegen 13 Personen zu Ende. Ihnen war der Mord an 3 Personen und Körperverletzung in 6 Fällen zur Last gelegt worden. 10 der Angeklagten erhielten eine lebenslängliche Haftstrafe, ein Angeklagter erhielt eine 14-jährige Haftstrafe und ein weiterer Angeklagter wurde zu einer Strafe von einem Jahr verurteilt.

Cumhuriyet vom 23.02.1984

Im Verfahren gegen die Gewerkschaft der Schriftsteller wurde das Verlesen der schriftlichen Beweismittel abgeschlossen

Im Verfahren gegen 19 Funktionäre der Schriftstellergewerkschaft (TYS) wurde das Verlesen der schriftlichen Beweismittel abgeschlossen. Vor dem Militärgericht in Istanbul waren 14 Angeklagte erschienen. Der Vorsitzen-

de Aziz Nesin konnte an der Verhandlung nicht teilnehmen, da er verhandlungsunfähig war. In der kommenden Sitzung werden die Angeklagten ihre Meinungen zu den Beweismitteln mitteilen und gleichzeitig einen Antrag auf Erweiterung des Verfahrens stellen.

Cumhuriyet vom 22.02.1984

In Adana wurde ein Angeklagter zum Tode verurteilt

Vor dem Militärgericht in Adana ergingen in verschiedenen Prozessen verschiedene Strafen. Wegen Beteiligung an zwei Morden und mehreren Körperverletzungen wurde Hasan Gök zum Tode verurteilt. Ahmet Gök erhielt eine Haftstrafe von 2 Jahren und 8 Monaten. Wegen Mordes an dem Lehrer Ismet Cekin wurden vom gleichen Gericht 5 Angeklagte zunächst zum Tode verurteilt, in drei Fällen wurde dieses Urteil in eine lebenslängliche Haftstrafe verwandelt, die anderen zwei Angeklagten erhielten eine Haftstrafe von 8, bzw. 10 Jahren.

Wegen Mitgliedschaft in der illegalen Organisation Befreiungsarmee der Türkei im Jahre 1976 wurden Ömer Faruk Yildirim und 8 Freunde zu Haftstrafen zwischen 5 und 8 Jahren verurteilt.

Cumhuriyet vom 22.02.1984

Im Partizan Verfahren wird kollektive Verteidigung gemacht

Im Verfahren gegen Ömer Dogruel und 76 Freunde wegen Mitgliedschaft in der illegalen Organisation Partizan vor dem Militärgericht in Ankara, in dem 10 mal die Todesstrafe gefordert wird, haben die Angeklagten in ihrer Verteidigung betont, daß sie der Organisation nicht angehören und unschuldig sind. Sie forderten für sich Freispruch. Die Verteidiger forderten angesichts der Tatsache, daß Todesstrafen verlangt werden, eine Frist, um eine gemeinsame Verteidigung vorzubereiten. Das Gericht schloß sich diesem Antrag an und vertagte den Prozeß auf den 28. Februar.

Cumhuriyet vom 23.02.1984

Gegen die DISK-Gewerkschaft BAYSEN wurde ein neues Verfahren eröffnet

Gegen 13 Funktionäre der Gewerkschaft BAYSEN, die der DISK angeschlossen ist, wurde vor dem Militärgericht in Istanbul ein neuer Prozeß eröffnet, in dem die Militärstaatsanwaltschaft Strafen zwischen 6 und 20 Jahren fordert.

Cumhuriyet vom 23.02.1984

Gegen den Dozenten Yalcin Küçük wird eine Strafe von 2 Jahren gefordert

Im Verfahren wegen eines Vorfalles, den der Dozent Yalcin Küçük im Gefängnis provoziert haben soll, hat nun der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer gehalten. In diesem Plädoyer forderte er eine Strafe von 3 Monaten bis 2 Jahren wegen Beleidigung des diensthabenden Beamten. Zunächst war in dem Verfahren wegen Beleidigung der Streitkräfte aufgrund von § 159 eine Strafe zwischen 1 und 6 Jahren gefordert worden. Nun aber beantragte die Staatsanwaltschaft eine Bestrafung zwischen 3 Monaten und 2 Jahren, weil in dem Verhalten ein Verstoß gegen den § 266/2 gesehen wurde. Die Verhandlung wurde für die Verteidigung des Angeklagten und seiner Anwälte auf den 7. März vertagt.

Hürriyet vom 18.02.1984

Necati Gültekin wurde aus der Haft entlassen

Im Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereinigungen vor dem Militärgericht in Ankara wurde die Haftentlassung des Generalsekretärs der MHP, Necati Gültekin, angeordnet, während der Antrag auf Haftentlassung für den Vorsitzenden Alpaslan Türkes zum 22. Male abgelehnt wurde.

Damit ist von den führenden Mitgliedern der MHP nur noch Türkes in Haft, tid.

Cumhuriyet vom 23.02.1984

Anwalt Mehmet Ali Aybar wurde des Saales verwiesen

Im Verfahren gegen die DISK wurde der Anwalt Mehmet Ali Aybar des Saales verwiesen. Nachdem das Gericht die Bestellung eines Gutachters der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten in Erwägung zog, meldete sich der Anwalt zu Wort und sagte, daß es nicht notwendig sei, zu einem solchen Punkt einen Gutachter zu hören. Der vorsitzende Richter Cetin Güvener interpretierte die Worte des Anwaltes als Einmischung in die Beweisführung und Störung der Gerichtsdisziplin.

Nach dem Saalverweis meldete sich der Anwalt Ercüment Tahiroglu zu Wort und sagte, daß es kaum möglich sei, eine Aufgabe als Verteidiger auszuführen, wenn man ständig unter der Gefahr des Saalverweises stehe. Er erinnerte daran, daß das Gericht für die Analyse des Filmmaterials zunächst die Bestellung eines Gutachters abgelehnt habe und man nun nicht verstehe, warum ein Gutachter des TRT bestellt werden solle. Als Verteidiger hätten sie überdies das Recht, gegen die Bestellung eines Gutachters Einspruch einzulegen.

Der Prozeß wird morgen weitergeführt werden.

e) VERHAFTUNGEN

In Erzincan wurden 57 Angehörige einer linken Organisation gefaßt, die beabsichtigten eine marxistisch-leninistische Organisation aufzubauen (Cumhuriyet vom 15.02.84).

In Elazig wurden 4 Angehörige der Dev-Sol, einer von ihnen tot, gefaßt (Cumhuriyet vom 15.02.84).

In Adana wurde 13 Militante der illegalen Organisation Devrimci Yol gefaßt (Hürriyet vom 23.02.84).

f) MORDE

Milliyet vom 16.02.84

Einer der Terroristen wurde getötet

Im Kreis Camisgezek kam es zwischen 4 Militanten der Organisation Dev-Sol und den Sicherheitskräften, die ihre Operation seit dem 4. Februar durchführten, zu einem Feuergefecht, bei dem Ali Hüseyin Avcı getötet wurde. Die Namen der anderen drei lebend verhafteten Terroristen wurden nicht bekanntgegeben.

Hürriyet vom 15.02.1984

Zwei Iraner wurden getötet

Im Kreis Aralık bei Iğdir kam es bei dem Versuch von drei Iranern, die Grenze illegal zu passieren, zu einem von den Iranern eröffneten Feuergefecht, bei dem zwei der Iraner getötet wurden. Der dritte konnte fliehen.

Hürriyet vom 21.02.1984

3 Flüchtlinge ertrunken

Bei dem Versuch die Grenze nach Syrien illegal zu überqueren sind Veysel Kus, Abdurrahman Porsuk und Eyüp Citak in die Strömung des Flusses Sabunsuyu geraten und ertrunken.

g) HAFTBEDINGUNGEN

Cumhuriyet vom 11.02.1984

Oktyay Akbal: Handschellen und blauer Anzug

Er hatte eine rote Unterhose und ein dünnes Unterhemd an, der Angeklagte, den man aufgrund irgendeines Vorwurfes vor Gericht gebracht hatte. Warum zog er sich denn an so einem kalten Tage so an? Um die blaue Anstaltskleidung nicht tragen zu müssen.

In Istanbul wird dies besonders genau gehalten. Alle Untersuchungshäftlinge in Anstaltskleidung und dann noch mit Handschellen. Dazu habe ich mich schon häufig geäußert, daß 'Gesinnungstäter' nicht in Handschellen zu legen sind. Bei vielen von ihnen passiert es, daß sie vielleicht zunächst verurteilt werden, diese Urteile dann aber wieder aufgehoben werden und solche Personen später eine große Rolle in der Politik spielen. Dazu gibt es in der Geschichte genügend Beispiele.

Vor einigen Tagen habe ich den Prozeß eines Kollegen besucht. Er wurde in der blauen Anstaltskleidung und in Handschellen unter enger Bewachung durch 2 Soldaten hereingeführt. Wir konnten uns nur kurz ansehen. Er war durch die Behandlung nicht gekränkt, aber wir müßten uns für solch eine Behandlung schämen.

Demokrat Türkiye vom 15.02.1984

Morde im Gefängnis von Diyarbakir gehen weiter

Während des Hungerstreiks von Gefangenen im Militärgefängnis von Diyarbakir wurden 6 Gefangene getötet. Wie es heißt, muß mit dem Tod von weiteren Häftlingen gerechnet werden. 4 Leichen wurden den Angehörigen übergeben, während die Herausgabe von zwei weiteren Leichen an die Familien verweigert wird.

Die neuen Verordnungen der Gefängnisleitung vom 26.12.83 hatten dazu geführt, daß die Gefangenen in einen Hungerstreik getreten war, in dem sie die Forderung erhoben, daß die Besuchszeit von 2 auf 15 Minuten verlängert werde, sie Erlaubnis zum Waschen erhielten, usw. Am 4. Tag des Hungerstreiks kam es im Gefängnis zu einem Brand, dessen Gründe nicht geklärt sind. Die Gefangenen riefen von drinnen, daß es brennt und daß es Tote unter ihnen gebe. Den Angehörigen wurde aber keine Auskunft erteilt, sie wurden gewaltsam auseinandergetrieben.

Von den Verstorbenen wurden Necmettin Büyükkaya, Yilmaz Demir, Ramzi Aytıl und Ahmet Bayik den Angehörigen übergeben. Schon vorher war İsmet Karak gestorben. Obwohl auch der Tod von Halil Catak gemeldet wurde, wurde seine Leiche nicht herausgegeben. Außerdem wird gemeldet, daß Kenan Aktür und Ahmet Toptas ebenfalls verstorben sind. Diese Meldung konnte aber ebenso wenig bestätigt werden, wie die Gefahr für weitere 7 Personen. Trotz allem geht der Kampf der kurdischen Kämpfer in den Gefängnissen weiter.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 11.02.1984

Nicht-türkische Dorfnamen werden geändert

Auf Beschluß des Kreisrates in Kilis (Provinz Gaziantep) werden die Namen jener Döfer, die nicht türkisch sind, in türkische Namen geändert.
Aufgeführt sind 7 Namen, tid.

Cumhuriyet vom 14.02.1984

Auf Wunsch der Kriegsrechtskommandanturen wurden 124 Lehrer versetzt

Es hat sich herausgestellt, daß das Erziehungsministerium 124 Lehrer versetzt hat und dabei das Gesetz des Ausnahmezustandes mit der Nummer 1402 anführte, ohne dazu befugt zu sein. Im März 1981 wurden 124 Lehrer unter Verweis auf Beschlüsse der Kriegsrechtskommandanturen versetzt. Der Lehrer Cafer Öztürk wandte sich daraufhin an das Verwaltungsgericht, das nun feststellte, daß dieser Vorgang nicht durch die Kriegsrechtskommandanturen erfolgt sei (die wären dazu befugt gewesen, tid), sondern durch das Erziehungsministerium. Da die Versetzungen keine Rechtsgrundlage haben, wurden sie nun aufgehoben.

Milliyet vom 15.02.1984

Die USA werden für die F-16 jedes Jahr 250 Millionen Dollar geben

Für die Herstellung der F-16 Kriegsflugzeuge, die in der Türkei produziert werden sollen, wird die USA für 11 Jahre jedes Jahr einen Betrag von 250 Millionen Dollar zur Verfügung stellen. Falls der Betrag in einem Jahr nicht gebraucht werden sollte, wird er auf das nächste Jahr zinslos übergehen.

Milliyet vom 16.02.1984

Die USA werden der Türkei 14 F-4 Flugzeuge verkaufen

Wie aus dem Verteidigungsministerium der USA verlautet, wird der Pentagon für die Modernisierung der türkischen Armee 15 F-4 Phantom und Jetflugzeuge im Werte von 70 Millionen Dollar verkaufen. Wie es weiter hieß, können die Verhandlungen über Zypern diesen Beschluß negativ beeinflussen.

Cumhuriyet vom 18.02.1984

Özal: Für eine Amnestie ist die Atmosphäre nach den Wahlen sehr wichtig

Ministerpräsident Turgut Özal beantwortete einige Fragen des Reporters von Cumhuriyet. Zunächst wurde Özal dabei auf die Äußerung des Präsidenten des Europarats, Karls Ahrens, angesprochen. Dieser hatte gesagt, daß die türkische Regierung ihm versprochen habe, daß es eine Amnestie geben werde und daß man das Kriegsrecht stufenweise abbauen werde. Özal betonte dabei auf zweifache Nachfrage, daß man an keinem Punkt Versprechungen gemacht habe. Allerdings habe man gesagt, daß der Ausnahmezustand kein Dauerregime sein könne. Noch einmal auf die Amnestie angesprochen, sagte Özal, daß er zu der Dauer eines solchen Vorhabens nichts sagen könne. Entscheidend sei auch die Atmosphäre nach den Kommunalwahlen. Aber selbst dann müsse man sich in Acht nehmen, damit nicht wieder die Fehler der Vergangenheit gemacht werden.

Cumhuriyet vom 23.02.1984

In Diyarbakir hat sich die Zahl der unabhängigen Bürgermeisterkandidaten auf 15 erhöht

In Diyarbakir haben sich bisher 15 unabhängige Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters beworben. Unter den Kandidaten sind sowohl ehemalige Parlamentarier als auch Bauern.

Vor 3 Tagen waren es in Diyarbakir schon 9 unabhängige Kandidaten gewesen, tid.

Cumhuriyet vom 23.02.1984

Der Pressesprecher der HP ist zurückgetreten

Der Pressesprecher der Volkspartei (HP), Vedat Banoglu, ist aus der Partei zurückgetreten. In seiner Erklärung betonte er, daß jene Bürger, die eine sozialdemokratische Partei unterstützen wollten, diese Partei nicht in der Volkspartei finden können. In der HP werde ein Spiel mit der Sozialdemokratie betrieben, er wünsche der Partei viel Erfolg bei ihrer rechten Reise.

BRD

Tercüman vom 11.02.1984

In Athen haben die Vernückten das Büro der Turkish Airlines besetzt

In Athen wurde gestern von 20 Personen türkischer Abstammung das Büro der Turkish Airlines (THY) für 15 Minuten besetzt. Die Besatzer sagten, daß sie in der Türkei gesucht werden und auf die Verhältnisse in ihrem Land aufmerksam machen wollten. Während der Besetzung wurden Spruchbänder mit der Aufschrift 'Dev-Sol' und 'Dev-Isyan' aufgehängt. Die griechischen Behörden äußerten Verständnis für die Tat der Personen, die sich zwischen 9 Monaten und 2 Jahren in Griechenland aufhalten, sagten aber, daß sie wohl vergessen, daß sie sich in Griechenland als Gäste aufhalten.

Tercüman vom 13.02.1984

Die Besatzer des THY-Büros wurden freigelassen

14 Personen, die im Zusammenhang mit der Besetzung des THY-Büros in Athen festgenommen worden waren, wurden nun wieder freigelassen und sollen vor ein Gericht für leichte Strafen gestellt werden. Sie wurden von Athen wieder in das Asylager nach Lavrion gebracht, das 65 km von Athen entfernt ist.

Tercüman vom 11.02.1984

In unser Kölner Konsulat wurde eine Bombe geworfen

Gestern nacht gegen 02.00 Uhr wurde das Konsulatsgebäude am Sachsenring in Köln durch eine Bombe erheblich beschädigt. Die Scheiben der umliegenden Häuser gingen dabei ebenfalls zu Bruch. Bis zur Stunde hat sich noch niemand zu diesem Vorfall bekannt.

Tercüman vom 12.02.1984

Phantombild des Bombenwerfers wurde erstellt

Der Bombenanschlag auf unser Kölner Konsulat wurde von der deutschen Organisation 'Revolutionäre Zellen' übernommen. In einem Schreiben an die Kölner Rund-

schau wurde erklärt, daß diese Aktion aufgrund des Jahrestages des Verbotes von Dev-Sol und Halk-Dev erfolgt sei.

In der Zwischenzeit hat die Polizei anhand der Angaben von Augenzeugen ein Phantombild erstellt. Der Beschreibung zufolge war es ein Ausländer, der ca. 1,73cm groß ist, braune Haut und keinen Schnauzbart hat.

Tercüman vom 13.02.1984

Visumszwang wird nicht aufgehoben, sondern gelockert

In Bezug auf den Visumszwang der Bundesrepublik wurde das sechste Treffen der beiden Seiten durchgeführt. Dieses Treffen fand in Ankara statt. Die deutsche Seite wurde noch einmal daran erinnert, daß drei Jahre nach der Einführung des Visums diese Praxis überdacht werden sollte. Die deutsche Seite antwortete darauf, daß es nicht möglich sei, den Visumszwang nun schon aufzuheben. Sie kündigten aber an, daß für Türken die in angrenzenden Ländern leben, Visa für ein Jahr erteilt werden sollen.

Hürriyet vom 12.02.1984

Gegen die Ausländerfeindlichkeit wurde mit einer Demonstration protestiert

In Frankfurt fand ein Protestmarsch gegen die wiederholten Anschläge auf türkische Läden statt, an dem sich Vertreter der verschiedensten Organisationen beteiligten. Die Sprecher der Kundgebung machten den Innenminister Zimmermann für den Anstieg der Ausländerfeindlichkeit verantwortlich. Die Drohung eines vermutlich als Neo-Nazi zu identifizierenden Mannes führte für einen Augenblick zu einer gespannten Atmosphäre, die sich aber bald legte. Die Demonstration konnte darauf ruhig zu Ende geführt werden.

Hürriyet vom 15.02.1984

In Deutschland gibt es 1.700 deutsche Moslems

Obwohl auf der einen Seite die Kampagne mit 'Türken raus' andauert, werden immer mehr Deutsche zu Moslems. In einem Gespräch mit Hürriyet teilte der deutsche Priester, der später den Namen Hüseyin Abdülfettah annahm, mit, daß es 1700 deutsche Moslems in der Bundesrepublik gebe, von denen 500 den Sufi zuzurechnen seien. Sie selber seien Mekka angezogen. Sein größter Wunsch sei es, in der Bundesrepublik ein moslemisches Dorf einzurichten.

Hürriyet vom 16.02.1984

Vom 10.-17. März wird eine Ausländerwoche veranstaltet

Die Initiative des 'Frankfurter Appells', die sich in den Sommermonaten des Jahres 1983 bildete und schnell zu einer bundesweiten Organisation wuchs, hat erklärt, daß sie zwischen dem 10. und 17. März eine Ausländerwoche durchführen werde. Wie der Sprecher Detlef Luder Waldt mitteilte, werde es neben den Themen wie Familienzusammenführung, Asyl, Wahlrecht und Arbeitslosigkeit in den großen Städten Berlin, Hamburg, Köln, Hannover, Frankfurt und Stuttgart auch zu Demonstrationen gegen die Ausländerfeindlichkeit kommen.

Tercüman vom 19.02.1984

Der Neo-Nazi Führer konnte nur mit Mühe der Lynchjustiz entgehen

Nur unter Schwierigkeiten konnte der Nazi-Führer Michael Kühnen gestern von der Polizei vor einem Lynchenden gerettet werden. Während er in Bielefeld eine Versammlung mit Lieselotte Funcke sabotieren wollte und mit 4 seiner Freunde ausländerfeindliche Parolen rief, waren sofort 100 Deutsche dort, die ihn umstellten. Erst durch das Eingreifen der Polizei konnte er gerettet werden.

Hürriyet vom 22.02.1984

Asylverfahren werden beschleunigt

Innenminister Friedrich Zimmermann und Justizminister Hans E. Engelhard haben eine Verfügung mit Gesetzeskraft erlassen, nach der das beschleunigte Asylverfahren bis 1988 in Kraft bleiben soll. Wie es aus Bonn verlautete, hatte Zimmermann versucht, die Verordnung als Gesetz zu verabschieden, aber Engelhardt war dagegen, so daß man sich auf eine Verordnung bis zum Jahre 1988 einigte.

Hürriyet vom 25.02.1984

Protest gegen die Ausweisung von 4 asylsuchenden Türken

Nach dem Protest am vorgestrigen Tag vor dem Dortmunder Gefängnis, an dem sich 50 Personen, unter ihnen auch 20 türkische Bürger beteiligten, wurde bekannt, daß die Ausweisung von drei der 4 Türken vorläufig gestoppt sei. Dazu gehören auch Özkan K. und Mustafa C., während der vierte, Halil Ekici gestern in die Türkei gebracht worden ist. Die übrigen drei Asylsuchenden sollen Montag vor ein Gericht gestellt werden, das dann über die Ausweisung entscheidet.

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 14.02.1984

Der IWF bekam das Versprechen: Die Löhne werden nicht übermäßig steigen

Den Verantwortlichen der Türkei-Abteilung des IWF wurde versichert, daß die Türkei alle notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um die Inflationsrate nach den Wahlen zu senken, koste es, was es wolle. Die türkische Seite bestätigte, daß die Zentralbank die Geldemission auch in Zukunft drosseln werde, mit der Rettung der in Schwierigkeiten geratenen Firmen aufhören und die Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte nach Wechselsystem ohne ihre inflationäre Wirkung auszahlen werde.

Milliyet vom 15.02.1984

Genscher's Türkei-Bericht: "Die türkische Wirtschaft atmet noch nicht frei"

In dem vom Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher dem Bundestag vorgelegten Türkei-Bericht heißt es, daß die Erwartungen, die in dem Beschluß von 1981 zum Ausdruck kamen, zum größten Teil sich bewahrt haben. Im Bericht wird ferner mitgeteilt, daß Genscher am 17. Januar Außenminister Vahit Halefoğlu seine Wünsche übermittelt hat, daß in der Türkei die Menschenrechte besser eingehalten werden sollten.

Neue Züricher Zeitung, 16.2.1984:

Rekonvaleszenz der Türkei ohne Chancen?

Schwierige Durchsetzung der Sanierungspläne Turgut Özals

Das Kabinett von Turgut Özal kündigt fast jeden Tag neue Dekrete an, die zum Konjunkturaufschwung und zur Erholung des Arbeitsmarktes in der Türkei führen sollen. Indessen finden mehrere dieser lautstark posaunten «Liberalisierungsmassnahmen» noch keine wirkliche praktische Anwendung, weil an den mit Akribie bearbeiteten Ergänzungsdokumenten die letzten Retuschen vorgenommen werden.

Be. Ankara, Mitte Februar

Die Diskrepanz zwischen Willensäusserungen der Regierung und ihrer praktischen Durchführbarkeit stiftet viel Verwirrung. Diese greift besonders im Bereich der *Devisenbestimmungen* um sich: Obwohl der Ministerpräsident mehrmals seine feste Entschlossenheit kundgegeben hat, dass alle Schranken aufgehoben würden, scheint es, als ob die *staatliche Bürokratie* – die wahre Nachfolgerin jener Machthaber, die während fünfzig Jahren die Entfaltung der Wirtschaft und des vielen Türken angeborenen Unternehmungsgestes systematisch untergraben haben – den «Reformen» *keine Priorität* zumesse. Selbst Özal, der versprochen hatte, das weitgehend unpopuläre *Gesetz zum Schutz der Währung aufzuheben*, spricht jetzt höchstens noch von einer Dauer eines Jahres zu dessen völligem Abbau. Zusicherungen in diesem Sinn soll die Regierung auch dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank gegeben haben, die seit geraumer Zeit beharrlich die Abschaffung des Gesetzes beantragen.

Kritik der Opposition

Özal ist sich überdies der Tatsache bewusst, dass er in der Durchsetzung seines Sanierungsprogramms von altmodisch und besonders «etatistisch» denkenden Bürokraten gehemmt wird. Wie aus seinem engsten Umkreis verlautet, kann man mit unmittelbar bevorstehenden *Umbesetzungen* an der Spitze, aber auch in sekundären Stufen der Ministerien und staatlichen Betriebe rechnen. *Viele Köpfe werden rollen müssen*, wenn, wie von Özal angekündigt, seine «revolutionären» Reformen in höchstens sechs Monaten ihre ersten Früchte tragen sollen.

Die *Opposition* greift Özals Programm unaufrichtig an und behauptet, er habe nichts Wesentliches unternommen in den rund zwei Monaten, in denen er an der Macht ist. Alle Dekrete blieben auf dem Papier und seien in Wirklichkeit «hohle Wahlslogans» im Hinblick auf die für den 25. März angesetzten *Gemeindewahlen*, die ersten freien Kommunalwahlen seit sechs Jahren. In einem von einer gewissen Ironie geprägten Kommentar stellt die angesehenen unabhängige Istanbuler Zeitung «*Milliyet*» (Die Nation) die Frage, was sich in Özals bisheriger Regierungszeit ausser dem abgeschafften Ausreiseverbot und der damit verbundenen Lockerung der Devisenrestriktionen denn eigentlich liberalisiert habe.

Die *Devisennotierungen* werden weiterhin von der Zentralbank als Leitkurse mit einem beschränkten Spielraum für die Banken von plus oder minus 6–7 Prozentpunkten festgesetzt. Auch die *Zinssätze* für Bankanlagen und Kredite werden behördlich bestimmt.

Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte würden den Landwirten nach wie vor praktisch «diktiert», und überdies erhielten die Bauern ihre Guthaben nicht pünktlich bezahlt, wenn sich die Regierung im Prinzip auch dazu bereit erklärt habe, für offenstehende Schulden einen – allerdings ausschliesslich von ihr festgesetzten – monatlichen Zinssatz von 1% zu zahlen. Erhöhungen von *Preisen für Treibstoffe* und für eine Reihe von Industrieprodukten staatlich kontrollierter Betriebe seien von behördlicher Willkür abhängig.

Ende der Subventionspolitik?

Diesen letzten Punkt einer langen Reihe kritischer Einwände *weist die Regierung zurück* mit der – in der Öffentlichkeit allerdings kaum geglaubten – Behauptung, dass solche Unternehmen im Gegensatz zum bisherigen Prozedere nicht mehr staatlich subventioniert seien und dass sie sich deshalb in bezug auf ihre Preisbildung den Marktkräften anzupassen hätten. Grosses Aufsehen erregt hat in diesem Zusammenhang ein von der grossen Nationalversammlung bewilligter *Gesetzesentwurf* – Özals Partei hat die absolute Mehrheit im Parlament –, der die *Annullierung* aller seit über zwanzig Jahren offenstehenden *Schulden* von staatlichen Unternehmen und Gemeinden *beim Staat* in Form von Steuern und dergleichen vorsieht; umgerechnet machen diese ausstehenden Forderungen Ankaras über 2 Mia. Fr. aus.

Entrüstet verurteilte die Opposition diese «merkwürdige Art staatlicher Buchhaltung» und beklagte sich, es seien *aus den Taschen der Steuerpflichtigen gestohlene Gelder*, worauf Özals Hauptmitarbeiter, der Stellvertretende Ministerpräsident für wirtschaftliche Entwicklung, *Kaya Erdem*, entgegnete, dies sei der *Schlussstrich* unter eine endgültig der Vergangenheit angehörende Ära, der den Staat keinen Heller kosten werde. In Zukunft werde es *keine Subventionen* mehr geben.

Skurrile obrigkeitliche Lohnpolitik

Auch *Arbeiterlöhne* sind nicht den Regeln der Marktwirtschaft, sondern der Willkür und der Beurteilung der gesetzlich befugten *Oberinstanz* zur Schlichtung von Disputen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterworfen. Es handelt sich um ein Überbleibsel der Militärherrschaft, die um die *Aufrechterhaltung des internen Friedens* besonders besorgt war. Özal jedoch hatte in seinem Wahlprogramm den Bauern und Arbeitern *Wohlstand und Verbesserung ihres Lebensstandards* versprochen. Zur Bestürzung der Industriellen kündigte er nun unlängst an, Gesetze seien «nicht unwiderruflich» und er würde auf keinen Fall «begrenzte» Erhöhung von Löhnen dulden. Löhne müssten mit absoluter Gerechtigkeit *der Inflationsrate* angepasst werden.

Der Bericht stellt fest, daß die türkische Wirtschaft noch nicht das platte Land erreicht hat.

Cumhuriyet vom 15.02.1984

In unseren Schuldenberg wurde eine Bresche von 1 Milliarden Dollar geschlagen

Im Zeitraum Januar- November 1983 wurden 3,234 Milliarden Dollar Schulden abbezahlt. Wie verlautete, lag die Schuldzahlung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 23% höher.

Tercüman vom 16.02.1984

Die Bundesrepublik hat bei der EG einen Antrag gegen die Freizügigkeit eingereicht

Die Bundesrepublik Deutschland hat zur Annulierung der Freizügigkeit der türkischen Arbeiter in EG-Ländern bei der zuständigen EG-Kommission offiziell einen Antrag eingereicht. Die in Frage kommende Bestimmung war beim EG-Beitritt der Türkei in Ankara vereinbart worden und sollte 1986 in Kraft treten.

Cumhuriyet vom 23.02.1984

Evren: Um im Krieg zu vermitteln, kann ich in den Iran fahren

Auf den Vorschlag der saudiarabischen Verantwortlichen hin, daß die Türkei im Krieg zwischen Iran und Irak die irakische Seite unterstützen sollte, meinte die türkische Delegation, daß ein ausgewogenes Dialog mit beiden Seiten geführt werden mußte. Sie räumte ein, daß Staatspräsident Evren in den Iran reisen könnte, wenn dies positive Ergebnisse bringen würde.

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 18.02.1984

Bei Entlassungen muß man die Erlaubnis der Kriegsrückkommandantur einholen

Das Dekret des Nationalen Sicherheitsrates, das seit 3 Jahren unbegründete Entlassungen verbietet, wurde aufgehoben. Dies wurde vom Generalstab mitgeteilt. Die Kriegsrückkommandanturen werden allerdings in ihren Regionen in Entlassungsfällen von ihrer Zuständigkeit Gebrauch machen können.

Hürriyet vom 19.02.1984

Die USA haben es verboten, wir unterzeichnen darüber einen Vertrag

Während in den USA seit 1978 keine Konzessionen für den Bau von Atomreaktoren vergeben und vergabene 107 Projekte zurückgezogen werden, wird die Türkei im Juni den Bauvertrag von zwei Reaktoren in Silifke-Akkuyu unterzeichnen.

Tercüman vom 19.02.1984

Deutschland wird die Hilfe an die türkischen Arbeitnehmergesellschaften erhöhen

Deutschland zahlt in den für die zurückkehrenden Arbeiter eingerichteten Arbeitsbeschaffungsfonds 20 Millionen Dollar. Außerdem wurde eine zusätzliche Hilfe in Höhe von 13 Millionen Dollar wurde in Aussicht gestellt.

Hürriyet vom 19.02.1984

Die Hälfte der Arbeiter hat keine Gewerkschaft

Nach dem Gewerkschaftsgesetz Nr. 2821 müssen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände die Zahl ihrer Mitglieder beim Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit anzeigen. Bis heute haben sich jedoch wenige Arbeiter angemeldet. Beim Ministerium wurden nur 53,85% der organisierten Arbeiter angezeigt.

Milliyet vom 21.2.1984

In diesem Jahr bekommen wir 1 Milliarde Dollar Kredit

Wie wir in Erfahrung bringen konnten, wird die Türkei nach ersten Sondierungen im Jahr 1984 bei ausländischen Finanzinstituten einen Kredit in Höhe von 1 Milliarde Dollar bekommen können.



IMPRESSUM

TÜRKEI-INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate = 20,-DM 1 Jahr = 40,-DM

Kündigungsfrist: spätestens 4 Wochen vor Ablauf des vereinbarten Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford-Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der türkei-infodienst erscheint 14-tägig